

Geteiltes Echo auf Brandbrief an Habeck

Bei ihrer Forderung nach einer Gaspreis-Notbremse erhalten die Stadtwerke Freiberg Unterstützung aus dem Rathaus. Es gibt auch andere Meinungen.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG – Der Freiburger Oberbürgermeister Sven Krüger (parteilos) hat sich hinter die Forderungen gestellt, die von den Stadtwerken Freiberg am Mittwoch in einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gerichtet worden sind. „Die Sorge um eine verlässliche und vor allem bezahlbare Energieversorgung treibt mich um“, schreibt der Rathauschef via

Sven Krüger
Oberbürgermeister
der Stadt Freiberg

FOTO: NIELAND-ESCHWARZ



Michael Harz
Geschäftsführer der
Freiberger Compound
Materials GmbH

FOTO: ANDRE FÖRNERLINSCHY



Dieter Pfortner
Präsident der Industrie-
und Handelskammer
Chemnitz

FOTO: ERSTIN SCHWEDTMANN/CHY



Facebook. Das vom Stadtwerke-Vorstandsvorsitzenden Axel Schneegans unterzeichnete Schreiben diene dazu, so Krüger, „Lösungen zu finden, auch in Zukunft die Energieversorgung sicher zu stellen“. Er Sorge sich um die Freiburgerinnen und Freiburger sowie die Unternehmen: „Vielen Dank an Axel Schneegans für die Initiative.“

Der Stadtwerke-Chef selbst berichtete am Donnerstagnachmittag von „vielen positiv interessierten Reaktionen“. Mehrere Anrufer hätten wissen wollen, wo sie den Brief im vollen Wortlaut finden können. Er

sei deshalb jetzt auf die Startseite des Konzerns im Internet gerückt worden: „Das Schreiben war vorher im Blog-Bereich und etwas schwerer zu finden.“ Ihm sei nicht eine einzige negative Kritik bekannt geworden, so Schneegans. Ihm gehe es nicht darum, eine Vorreiterrolle zu übernehmen: „Ich will dazu beitragen, eine Diskussion anzuregen.“

Genau das begrüßt auch Michael Harz von der Freiberger Compound Materials GmbH. „Die Diskussion ist so kritisch, dass sie nicht nur in oder von Berlin aus geführt werden sollte, sondern auch unter den Fach-

leuten an der Basis“, urteilt der Geschäftsführer.

Eine der sieben Forderungen der Freiburger Stadtwerke ist, den nationalen Energiemotstand auszurufen. Der Energiemarkt sei zusammengebrochen und der Staat müsse die Verteilung der Mengen übernehmen. Die Industrie- und Handelskammer Chemnitz (IHK) sieht das anders. Als IHK-Geschäftsführer für Standortpolitik verwies Martin Witsch auf einen offenen Brief an die Landes- und Bundespolitik, der am Dienstag veröffentlicht worden war.

Das gemeinsam von IHK-Präsident Dieter Pfortner und Jörg Brückner, Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, präsentierte Schreiben mahnt beispielsweise die Überprüfung der Preisfindungsmechanismen am Strommarkt und die schnelle Bereitstellung von Liquiditätshilfen und Zuschüssen für die von Energiepreissteigerungen stark betroffenen Unternehmen an. Für Brückner „ist eine kurz- und mittelfristige Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern – auch aus Russland – vollkommen illusorisch“.

Das IHK-Präsidium habe für eine ideologiefreie Sicherstellung einer plan- und bezahlbaren Versorgungssicherheit ausgesprochen, so Witsch. Ein Gaspreisdeckel sei aber abgelehnt worden: „Die Kräfte des Marktes sollte man noch wirken lassen, um Anreize für eine Senkung des Verbrauchs zu setzen.“